



K O N G R E S S Z E I T U N G

DGB-BUNDESKONGRESS 10.-13.05.26 BERLIN

S T R E I K F Ä H I G S T A T T K R I E G S T Ü C H T I G

Sozialstaat oder Kriegsökonomie ?!

Der DGB-Bundeskongress steht vor einer Richtungsentscheidung – und darf sie nicht vertagen

Der DGB-Bundeskongress berät über ein umfangreiches Antragskonvolut. Die Probleme sind benannt: soziale Ungleichheit, Klimakrise, Aufrüstung und Krieg, Demokratiegefährdung. Doch die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: In welchem Zusammenhang stehen diese Entwicklungen – und welche politischen Konsequenzen folgen daraus?

Ginge es nach Bundesvorstand und Antragskommission, würden die Widersprüche integriert, statt entschieden. Einzelne Anträge der Organe benennen Konflikte klarer als die Leitentwürfe des Bundesvorstandes – etwa bei Rente, Arbeitsrecht oder dem Umgang mit der AfD. Doch nach der Empfehlung der Kongressregie würden sie nicht als eigenständige politische Entscheidungen sichtbar werden, sondern als verwiesenes 'Material' hinter den unscharfen Leitträgen verschwinden.

Damit steht der Kongress vor einer echten Entscheidung: Wird der demokratische und grundgesetzlich dem Frieden und Völkerrecht verpflichtete Sozialstaat unter den Bedingungen eskalierender Kriege und Klimakrise, ausufernder Aufrüstung, massiver Angriffe auf den Sozialstaat und demokratischer und Arbeitnehmer*innenrechte von unseren Gewerkschaften offensiv und im Interesse der arbeitenden Menschen verteidigt? Oder werden diese Entwicklungen nur kommentierend und sozialpartnerschaftlich integriert hingenommen?

Jetzt ist es soweit. Das abschließende Antragskonvolut zum 23. Ordentlichen DGB-Bundeskongress liegt vor. Es umfasst 41 Anträge. Der Bundesvorstand stellt davon 18 Anträge, also knapp die Hälfte; die übrigen 23 kommen aus Bezirksvorständen und zentralen gewerkschaftlichen Organen wie dem Bundesfrauenausschuss und dem Bundesjugendausschuss.

Entscheidend ist jedoch weniger die Zahl als die Struktur: Der Bundesvorstand prägt mit seinen Anträgen in den Kapiteln A bis D weiterhin den programmatischen Kern des Kongresses; die weiteren Anträge ergänzen, korrigieren, konkretisieren – oder setzen punktuell andere Akzente.

Gerade deshalb ist die Lage politisch klarer als zuvor. Die ursprüngliche Kritik am Leittrag lautete: Der DGB benennt soziale Ungleichheit, Klimakrise, demokratische Gefährdungen und internationale Konflikte, stellt sie aber nebeneinander. Er beschreibt Krisen, ohne die Dynamik zu erfassen, die sie verbindet: die zunehmende Ausrichtung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft auf militärische Konkurrenz, Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit.

Das jetzt abschließend vorliegende Konvolut widerlegt diese Kritik nicht. Es bestätigt sie. Zwar finden sich nun zusätzliche, teils deutlichere Anträge. Doch aus ihnen entsteht nicht die erforderliche politische Generallinie gegen „Kanonen statt Butter!“, keine Strategie gegen die Einpassung in eine Kriegsökonomie, kein Bruch mit der Logik eines neuen Burgfriedens. Sozialstaat, Klima, Demokratie und Frieden bleiben Antragsfelder – aber nicht ein gemeinsamer Konfliktzusammenhang.

Besonders deutlich wird das beim Thema Krieg und Militarisierung. Der jetzt vorliegende Antrag E01 des Bundesjugendausschusses ist der stärkste antimilitaristische Akzent im gesamten Konvolut. Er beginnt mit dem Satz: „Der DGB ist und bleibt antimilitaristisch.“ Er lehnt die Wiedereinführung der Wehrpflicht, den Zivildienst und andere Pflichtdienste ab, fordert die Abschaffung bestehender rechtlicher Möglichkeiten zu Pflichtdienst oder Arbeitspflicht und wendet sich gegen „jede Form der Wehrerfassung“. Auch die Präsenz der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen sowie Jugendoffizier*innen werden ausdrücklich abgelehnt. Das ist wichtig. Auch die Empfehlung zur Annahme durch die Antragsberatungskommission (ABK). Aber es bleibt isoliert. Der Antrag wird nicht mit der auf Kriegstüchtigkeit und 'Konversion pervers' ausgerichteten Wirtschafts- und Industriepolitik verbunden, nicht mit den Angriffen auf den Sozialstaat, nicht mit der Bildungsmisere, nicht mit der zunehmend defizitären Klimapolitik.

(weiter auf Seite 2)

INHALT

1– 3 SOZIALSTAAT ODER KRIEGSÖKONOMIE ?!

DER DGB-BUNDESKONGRESS STEHT VOR EINER RICHTUNGS-ENTSCHEIDUNG – UND DARF SIE NICHT VERTAGEN

3— 7 KRIEGSTÜCHTIG PER TARIFVERTRAG

STELLUNGNAHME VON 'SAGT NEIN!' ZUM TARIFABSCHLUSS BEI HIL HEERES-INSTANDSETZUNGSLOGISTIK GMBH

8 PROGRAMM FRIEDENS-POLITISCHE INTERVENTION

EDITORIAL

Wir begrüßen alle Kolleg*innen und Kollegen, die in den kommenden vier Tagen hier in Berlin als Delegierte und Gäste zum DGB-Bundeskongress zusammenkommen.

Ihr habt eine wirklich verantwortungsvolle Aufgabe in sehr besonderen Zeiten vor Euch.

Wir wünschen Euch von Herzen, dass Ihr dieser Verantwortung gerecht werdet und weise Beschlüsse fasst.

Ein paar Impulse dazu haben wir Euch in dieser Zeitung zusammengefasst.

Glückauf!

Freundschaft!

Wir widersprechen!



...

Dabei liegt genau dort der Kern des Problems: Aufrüstung und Kriegsertüchtigung sind nicht einfach weitere Haushaltstitel. Sie binden Ressourcen, industrielle Kapazitäten, politische Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Loyalitäten.

Wer den Sozialstaat und die demokratisch republikanische Verfassung verteidigen will, muss die Konkurrenz zwischen Sozialausgaben, ökologischer Transformation und militärischer Aufrüstung benennen.

Wer Klimapolitik ernst meint, muss sagen, dass internationale Kooperation durch geopolitische Blockbildung und Kriegsvorbereitung untergraben wird. Und wer Demokratie verteidigen will, muss begreifen, dass Repression, Nationalisierung des Denkens und die Entwertung sozialer Rechte nicht zufällig neben der Kriegsökonomie entstehen.

Ginge es nach der Antragskommission, würden die in den Anträgen enthaltenen stärkeren Einzelakzente jedoch nicht zu Richtungsentscheidungen. Das zeigt sich an den Anträgen, die „als Material“ verwiesen werden. A03 des Bezirks Nord zur Rentenpolitik fordert nicht nur allgemein eine gute Rente. Er spricht von der „systematischen Schwächung der gesetzlichen Alterssicherung“, verlangt zur Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent eine konsequente Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen wie der Mütterrente, will Arbeitnehmer*innen durch niedrigere Beiträge entlasten und Arbeitgeberbeiträge erhöhen. Außerdem heißt es ausdrücklich: „Börsenspekulation mit Versicherungsbeiträgen gilt es zu verhindern.“

Das ist eine konkretere, verteilungspolitisch schärfere Linie als die allgemeine Rentenpassage des BuVo-Antrags A02. Die ABK empfiehlt jedoch nicht, A03 eigenständig zu beschließen, sondern ihn als Material zu A02 zu behandeln. Damit wäre die Zuspitzung nicht abgelehnt – aber auch nicht als eigenständige Entscheidung sichtbar.

Ähnlich B04. Der Antrag des Bezirks Nordrhein-Westfalen will Betriebsverfassungsgesetz, Personalvertretungsgesetze und Mitarbeitervertretungsrecht so modernisieren, dass die „Dritte Option“ und „Vierte Option“ aufgenommen werden. Gefordert werden die Berücksichtigung aller Geschlechtsidentitäten in Paragraphen, Formularen und Wahlunterlagen sowie erweiterte Mitbestimmungsrechte zur Förderung von Diversität. Auch dieser Antrag soll nach ABK-Empfehlung lediglich als Material zu B03 dienen.

B07 aus Sachsen fordert eine bundeseinheitliche Regelung für mobiles Arbeiten, Homeoffice und Remote-Arbeit; auch hier lautet die Empfehlung: Material zu B06.

S02 des Bezirks Nord will die Wahl der Regionsgeschäftsführer*innen transparenter regeln und schlägt konkret vor: „der Bezirksvorstand wählt die RegionsgeschäftsführerInnen“, mit Zweidrittelmehrheit und Vorschlagsrecht der Gewerkschaften in der Region. Auch das soll nicht beschlossen, sondern als Material an den Bundesvorstand verwiesen werden.

Am deutlichsten aber zeigt sich die verfolgte politische Linie beim viel diskutierten AfD-Verbot. Der BuVo-Antrag D03 benennt die AfD als politischen Gegner. Er stellt fest, ihre Politik sei „rassistisch, menschenverachtend, antifeministisch, demokratie- und gewerkschaftsfeindlich“. Zugleich bleibt die Schlussfolgerung vorsichtig: Weil die Voraussetzungen für ein Verbotverfahren unterschiedlich bewertet würden, befürwortet der Antrag lediglich die Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen.

Aus den Bezirken kommen dazu zwei konkretere Anträge. D04 aus Sachsen fordert den Bundesvorstand auf, sich „für die Einleitung eines Prüfverfahrens zum Verbot der AfD einzusetzen“.

D05 aus dem Bezirk Nord geht weiter: „Der DGB setzt sich für ein Verbot der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aktiv ein.“

Das ist nicht nur ein redaktioneller Unterschied. Das ist eine politische Entscheidung. D03 markiert Haltung und Prüfbedarf. D04 verlangt ein Prüfverfahren. D05 fordert aktive Unterstützung eines Verbots und adressiert Bundestag und Bundesrat. Ginge es nach der ABK, würden D04 und D05 als Material zu D03 behandelt. Die schärferen Anträge wären damit nicht vom Tisch – aber ihre Eigenständigkeit als Beschlussposition wäre aufgehoben. Genau darin liegt das Muster: Konflikte sollen aufgenommen



werden, aber nicht ausgetragen; integriert, aber nicht entschieden.

Diese Linie produziert scheinbare Geschlossenheit, ohne die zentralen Widersprüche auszutragen. Sie vermeidet offene Niederlagen, aber auch klare Entscheidungen. Sie schafft ein Konvolut, in dem fast alles irgendwie vorkommt – und gerade deshalb das Entscheidende verschimmt.

Für eine Kongressregie mag das bequem sein. Für unsere Gewerkschaften in der konkreten historischen Situation ist das deutlich zu wenig. Denn die Frage lautet nicht, ob der DGB für Sozialstaat, Demokratie und Klimaschutz ist. Die Frage lautet, ob er bereit ist, die Macht- und Verteilungskonflikte zu benennen, die diese Ziele untergraben. Die kreditfinanzierte Aufrüstung, die Priorisierung militärischer Infrastruktur, die Mobilisierung von Arbeitskraft für Sicherheit und Verteidigung, die Umleitung industrieller Kapazitäten, die ideologische Herstellung von Kriegstüchtigkeit – all das steht nicht neben Sozialstaat und Klimapolitik. Es greift sie an.

Die ökologische Krise ist nicht nur eine Frage militärischen Ressourcenverbrauchs. Die Logik geopolitischer Konkurrenz zerstört auch die politische Bedingung jeder Klimapolitik: internationale Kooperation. Das Pariser Klimaabkommen und die UN-Nachhaltigkeitsziele setzen voraus, dass Menschheitsprobleme gemeinsam bearbeitet werden. Blockkonfrontation, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung tun das Gegenteil. Es braucht nicht einmal das atomare Inferno, so real diese Gefahr ist. Die Fortsetzung der Konfrontationslogik reicht aus, damit die natürlichen Grenzen des Planeten den Rest erledigen.

Dagegen gilt es den gewerkschaftlichen Widerstand zu organisieren. Nicht irgendwann. Jetzt! Deshalb reicht ein isoliert stehender Antrag gegen die Wehrpflicht – und hoffentlich dessen Beschluss – nicht. Er ist richtig, aber nicht ausreichend. Es reicht auch nicht, an einzelnen Stellen bessere Formulierungen durchzusetzen. Es braucht eine Korrektur der Grundlinie.



Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften müssen den Zusammenhang von Krieg, Klimakrise, Sozialabbau, Demokratieentleerung und autoritärer Formierung als Ausdruck einer gemeinsamen Entwicklung begreifen – und daraus eine handlungsfähige Mobilisierungsstrategie entwickeln. Das Problem heißt Kapitalismus: ein System, das – wie selbst Papst Franziskus feststellt – vernutzen, zerstören und töten muss, um bestehen zu können; ein Befund, der inzwischen so offensichtlich ist, dass selbst aus kirchlicher Perspektive die Sorge formuliert wird, unter solchen Bedingungen könnten die eigenen „Schäfchen“ weder materiell noch geistig Halt finden.



Art. 9 Abs. 3 GG weist uns als Gewerkschaften nicht nur die Aufgabe zu, Tariffragen zu bearbeiten. Er weist uns die Aufgabe zu, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu gestalten. Das heißt: Produktion, Verteilung, gesellschaftliche Prioritäten – und unter den Bedingungen einer sich verfestigenden Kriegsökonomie auch die Eigentumsfrage selbst. Wer entscheidet, was produziert wird, wofür gearbeitet wird und welche gesellschaftlichen Ressourcen wohin fließen? Diese Frage stellt sich notwendig bis hin zur Vergesellschaftung zentraler Schlüsselindustrien.

Unter diesen Bedingungen bedeutet gewerkschaftliche Politik, der realen Praxis von „*Kanonen statt Butter*“ organisiert und wirksam den Kampf um „*Butter statt Kanonen!*“ entgegenzustellen. Es bedeutet, Arbeitskampf, internationale Gewerkschaftskooperation und sozial-ökologische Konversion nicht nur zu benennen, sondern als Mittel gesellschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln – und sie dort zur Anwendung zu bringen, wo über Produktion, Eigentum und gesellschaftliche Prioritäten entschieden wird.

Die Delegierten haben die Möglichkeit, genau das zu tun. Sie sind nicht an die Logik des Bundesvorstandes und der Antragskommission gebunden. Sie können verhindern, dass weitergehende Anträge in Materialverweisen verschwinden. Sie können die antimilitaristischen, sozialen und demokratischen Akzente zusammenführen. Sie können entscheiden, dass der Bundeskongress nicht nur Einzelkrisen benennt und verwaltet, sondern die Kriegsökonomie als strukturierende Realität benennt und die Gewerkschaften wieder zum starken und zentralen Bestandteil der Friedensbewegung machen.

- Sagt Nein! zu Anträgen, die die entscheidenden Zusammenhänge nicht benennen.
- Sagt Nein! zu einer Kongressregie, die Konflikte integriert, statt sie entscheiden zu lassen.
- Sagt Nein! zum Burgfrieden in der Kriegsökonomie.

Sagt Ja! zu einer Gewerkschaftspolitik, die wieder tut, wozu sie da ist: Interessen der abhängig Beschäftigten organisieren, gesellschaftliche Machtverhältnisse angreifen und eine Zukunft verteidigen, in der Sozialstaat, Frieden und ökologische Lebensgrundlagen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Entscheidung liegt bei den Delegierten. Jetzt!

KRIEGS - TÜCHTIG PER TARIFVERTRAG

Stellungnahme von 'Sagt NEIN!' zum Tarifabschluss bei HIL Heeresinstand- setzungslogistik GmbH

Tarifverträge sind das viel zitierte 'Kerngeschäft' der Gewerkschaften und oft genug wird einem genau das in der Debatte um den Einsatz der Gewerkschaften gegen die Kriegsausrichtung des Landes entgegengehalten: „*Wir machen Tarifverträge – da hat der Krieg nichts zu suchen.*“ Dieser Traum ist ausgeträumt.

Das offensichtlichste Beispiel der letzten Zeit ist das mit der Gewerkschaft ver.di im November 2025 abgeschlossene Tarifvertragspaket für die staatseigene HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL) aus dem November 2025.

Da reiben sich interessiert Lesende des Manteltarifvertrages die Augen: Ist das wirklich wahr? Neben anderen 'Goodies' insbesondere: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, echtes dreizehntes Monatsgehalt und weitgehende Kündigungsschutzregeln. All das lehnt derselbe öffentliche Arbeitgeber bei allen anderen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes kategorisch ab.

Schaut mensch aber dann in den parallel abgeschlossenen Ergänzungstarifvertrag – „*Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung*“ ist schnell klar: All dies 'Zugeständnisse' sind nur die Köder für die dort tarifierten weitgehenden Einschränkungen wichtiger Arbeitsbedingungen, insbesondere beim Thema Arbeitszeit, Arbeitszeitgestaltung und die betriebliche Mitbestimmung des Betriebsrates.

„*Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung*“ – Kern des Deals

Dieses Tarifergebnis ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis der politischen Prioritätensetzung ein und desselben Arbeitgebers und der Bereitschaft der Gewerkschaft ver.di, sich tief und weitgehend in die Kriegsvorbereitungslogik einbinden zu lassen. Die dargestellten – im ÖD einzigartigen! – ohne Arbeitskampf erzielten Verbesserungen haben ihren 'Preis'. Der Abschluss bei der HIL ist kein einzelner Tarifvertrag, sondern ein Tarifpaket – dem am 17. November 2025 auch die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst ohne Gegenstimme zugestimmt hat (zur Bedeutung weiter unten mehr) – bestehend aus:

- dem Manteltarifvertrag mit sehr attraktiven Regelungen/Bedingungen wie z.B. die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, 13. Monatsgehalt, Kündigungsschutz,
- ergänzt durch einen historisch und inhaltlich einzigartigen Ergänzungstarifvertrag: „*Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung*“



„Das Tarifwerk verbinde so berufliche Sicherheit sowie gute Arbeits- und Einkommensbedingungen mit Flexibilität“, so die stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Christine Behle. Deutlicher kann die politische Stoßrichtung kaum benannt werden.

Der Ergänzungstarifvertrag regelt, dass die Leistungen der HIL kurzfristig gesteigert werden können, wenn die Bundeswehr als einziger Auftraggeber im „Krisenfall“ entsprechenden Bedarf anmeldet.

Der sogenannte „Krisenfall“ ist dabei weit gefasst: Er umfasst nicht nur die grundgesetzlich definierten Spannungs-, Verteidigungs- oder Bündnisfall, die dann auch die sog. ‚Notstandsverfassung‘ aktivieren (insbes. das Arbeitssicherstellungsgesetz), sondern auch vorgelagerte „Krisenszenarien“ für alle Aufgaben der Bundeswehr.

Ausgelöst wird dieser Zustand durch einen „Alarmbefehl des Verteidigungsministers“. Daraufhin kann die Bundesrepublik Deutschland als Alleingesellschafter per Gesellschafterbeschluss den tarifvertraglich geregelten „Krisenbetrieb“ aktivieren.

Die Folgen sind weitreichend:

- Samstag kann zum Regelarbeitstag werden
- Wochenarbeitszeit bis 48 Stunden, Korridor bis 60 Stunden möglich
- Arbeitszeiten über 12 Stunden täglich zulässig (bei Durchschnittsbetrachtung)
- Lage der Arbeitszeit vollständig durch den Arbeitgeber bestimmbar, inkl. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit
- Anordnung solcher Änderungen innerhalb von 24 Stunden möglich.

Hinzu kommen:

- Urlaubssperren
- verpflichtende Schichtarbeit, Rufbereitschaft, Bereitschaftszeiten

Einsatz auch in Krisengebieten (mit Einschränkungen erst bei Reisewarnungen). Allein der Vergleich macht die Dimension deutlich: von 35 Stunden im „Friedensbetrieb“ auf bis zu 60 Stunden im „Krisenbetrieb“.

Entscheidend ist dabei nicht allein der Umfang dieser Regelungen, sondern ihre Struktur:

- Die Eingriffe können einseitig durch den Arbeitgeber erfolgen.
- Durch die tarifvertragliche Regelung werden zentrale Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im ‚Krisenbetrieb‘ faktisch ausgehebelt.
- Kollektive Aushandlung wird durch exekutive Anordnung ersetzt.

Und vor allem: All das wird nicht im Konfliktfall erkämpft oder abgewehrt – sondern vorab tariflich akzeptiert. Damit wird gewerkschaftliche Gegenmacht strukturell geschwächt, bevor der Konflikt überhaupt beginnt.

Das Verteidigungsministerium selbst bezeichnet diesen Vertrag entsprechend als „wichtigen Beitrag zur materiellen Einsatzbereitschaft der Streitkräfte“, weil er „erstmalig verbindliche und planbare Rahmenbedingungen für Krisen- und Kriegssituationen bietet.“

In der offiziellen Presseerklärung von ver.di unter der Überschrift „Finaler Durchbruch in den Verhandlungen“ heißt es dazu nur lapidar: „Zudem wurde sich auf einen Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung verständigt, der eine absolute Ausnahmesituation skizziert: Für den

Fall, dass es einen Alarmbefehl der Bundeswehr durch den Bundesminister der Verteidigung geben sollte, kann in einzelnen Bereichen der HIL GmbH z.B. eine längere Arbeitszeit als 7 Stunden/ Tag, Wochenenddienste oder auch eine Urlaubssperre angeordnet werden. Die zusätzliche Arbeitszeit ist selbstverständlich zu vergüten und die Voraussetzungen für die Anordnung aufgrund eines Alarmbefehls sind sehr hoch.“



HIL GmbH • Zentrale Bonn • Josef-Wirmer-Straße 2-8 • 53123 Bonn

Abteilung Kommunikation
kommunikation@hilgmbh.de

Pressemitteilung

Ein starkes Fundament für die Zukunft – Heeresinstandsetzungslogistik GmbH („HIL GmbH“) und ver.di vereinbaren erstmals Haustarifvertrag für die HIL GmbH

Bonn, 18. November 2025

Nach zwei Jahren intensiver Verhandlungen ist es HIL GmbH und ver.di gelungen, sich über die Inhalte eines Haustarifvertrags für die HIL GmbH zu einigen. Als bundeseigenes Unternehmen umfasst die Kernleistung der HIL GmbH die Planung, Steuerung und Durchführung von Instandhaltungsleistungen für Landssysteme der Bundeswehr.

„Die Welt um uns herum verändert sich: Demografischer Wandel am Arbeitsmarkt sowie gravierende Änderungen des Bedarfs bei den Streitkräften durch die Ausrichtung auf Landes- und Bündnisverteidigung verlangen auch uns als Partner der Bundeswehr einiges ab. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die erweiterten Aufgaben, die für die HIL in Zukunft vorgesehen sind, gemeinsam zu bewältigen, ist die Idee eines Haustarifvertrags entstanden“, erklärt Sascha Franz, Geschäftsführer, Arbeitsdirektor und Sprecher der Geschäftsführung.

Mit dem Tarifwerk wurde ein Gesamtpaket ausgehandelt, welches die HIL GmbH im Grundbetrieb zu einem starken und attraktiven Arbeitgeber auf einem sich wandelnden Arbeitsmarkt positioniert. Hierfür stehen beispielsweise die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, eine transparente Entgeltordnung mit Entgeltgruppen und -stufen sowie zusätzliche Urlaubs- und Brauchtagstage für die Mitarbeitenden.

Gleichzeitig rückt der Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung („TV LV/BV“) als ein Teil des Tarifwerks die Partnerschaft zwischen Bundeswehr und HIL GmbH in den Fokus: Mit der Anwendung des TV LV / BV in definierten Krisenfällen kann die HIL GmbH künftig noch flexibler und schneller auf Bedarfe der Bundeswehr reagieren.

Arbeitsdirektor und Geschäftsführer Sascha Franz bedankte sich am Dienstag bei allen Beteiligten, die an dem Tarifwerk mitgewirkt haben für ihr Engagement und Durchhaltevermögen und betonte: „Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Tarifwerk ein starkes Fundament geschaffen haben, welches nicht nur unserer besonderen Rolle als Partner der Bundeswehr gerecht wird, sondern die HIL GmbH auch als attraktiven Arbeitgeber positioniert.“

Die Tarifverhandlungen sind gleichwohl noch nicht vollends abgeschlossen. Im nächsten Schritt sollen weitere Tarifverträge wie beispielsweise ein Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge oder über die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos verhandelt werden.

So ganz nebenbei wird damit der Kriegseinsatz tarifvertraglich vorweg geregelt.

Was hier festgeschrieben ist, ist kein Sonderfall für einen einzelnen Betrieb – es ist ein Vorbote dessen, was im Zuge der Ausrichtung des gesamten Landes auf „Kriegstüchtigkeit“ auf uns alle zukommt.

Der Inhalt dieses Tarifvertrages zur Landes- und Bündnisverteidigung ist nichts anderes als das, was uns politisch längst täglich angekündigt wird: länger arbeiten, mehr arbeiten, weniger Urlaub, weniger Rechte.

Der entscheidende Punkt ist dabei: Widerstand wird nicht erst im Ernstfall gebrochen – er wird vorher organisiert geschwächt. Dort, wo unsere Gewerkschaften staatliche Eingriffsrechte und einseitige Vorgaben der Arbeitgeber akzeptieren und betriebliche Mitbestimmung im vorauseilenden Gehorsam relativieren und so zur willfährigen Unterstützer*in der nationalen Kriegspartei werden, wird die Grundlage für Gegenwehr entzogen, noch bevor sie final notwendig wird.

Dann braucht es im „Krisenfall“ nicht einmal mehr den offenen Burgfrieden, wie einst 1914 – er ist tariflich längst geregelt.



Zu welchem Preis und nach wessen Logik?!

Die nicht uninteressante Frage, die sich angesichts des HIL-Abschlusses stellt, lautet: Was hindert die Gewerkschaft ver.di eigentlich daran, für die kommenden Tarifrunden im gesamten öffentlichen Dienst die 35-Stundenwoche wie im Manteltarifvertrag der HIL zu fordern?

Die erwartbare Antwort ist bekannt: „Unrealistisch.“

Nicht nur in den Vorständen – sondern längst auch in Teilen der Basis.

Und genau darin liegt das Problem: Zu viele Kolleg*innen haben sich bereits an die Logik einer politischen Ökonomie der Kriegsvorbereitung angepasst. An eine Realität, in der plötzlich Geld für Aufrüstung, militärische Infrastruktur und „Kriegstüchtigkeit“ ohne Limit und Grenze für Staatsverschuldung vorhanden ist – während für Arbeitszeitverkürzung, Personalaufstockung und gute Arbeit in allen anderen Bereichen des ÖD angeblich die Mittel fehlen, Leistungseinschränkungen und Sozialkassenschlag gefordert und durchgesetzt werden.

Genau dagegen muss sich gewerkschaftlicher Widerstand richten.

Diese Logik zu durchbrechen, ist die eigentliche gewerkschaftliche Aufgabe.

Vergiftete Brotkrumen vom Tisch der Kriegsökonomie

Vor dem Hintergrund massiv steigender Rüstungsausgaben und einer gezielten politischen Aufwertung militärischer Infrastruktur ist klar: Bei der HIL wird der Tisch der Kriegsökonomie reich gedeckt. Und in diesem Kontext fallen auch für einzelne Bereiche Verbesserungen ab. Entscheidend ist jedoch: Diese Verbesserungen wurden weitgehend kampfflos, ohne ernsthafte Auseinandersetzung erreicht und für den Preis einer tiefen und weitgehenden Einbindung in die Kriegsvorbereitungslogik.

Wenn wir in diesem Zusammenhang von „vergifteten Brotkrumen vom Tisch der Kriegsökonomie“ sprechen, dann meinen wir genau das: Arbeitgeberseitige ‘Zugeständnisse’, die nicht im Konflikt erkämpft wurden, sondern aus einer politischen Prioritätensetzung heraus und nur unter Selbstaufgabe grundsätzlicher (antimilitaristischer) gewerkschaftlicher Grundsätze möglich sind. Also keine durchgesetzten, schon gar nicht erkämpften gewerkschaftlichen Erfolge, sondern Nebenprodukte einer staatlich gewollten Aufwertung militärischer Strukturen unter Einbindung der Gewerkschaften in die politische Ökonomie der Kriegsvorbereitung.^[6]

Gerade diese Konstellation macht sie politisch brisant:

Was hier scheinbar großzügig ‘gewährt’ wird, wird an anderer Stelle systematisch verweigert.

Als Gewerkschafter*innen nehmen wir jede konkrete Verbesserungen von Arbeits- und Lebensbedingungen selbstverständlich gerne mit. Aber im Kapitalismus wird üblicherweise nichts verschenkt. Genau das ist ja die Grunderkenntnis aus der gewerkschaftliche Organisation erst entspringt.

Und gerade deshalb stellt sich die Frage: Warum wird dieser Grundsatz kapitalistischer Reproduktionslogik, die sich auch der neoliberale Staat ansonsten zu eigen macht, gerade hier durchbrochen?

- Warum gerade jetzt?

- Warum gerade so?

- Wem nutzt das am Ende?

Die Antwort liegt nicht bei den Kolleg*innen der HIL oder den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr und den Stationierungstreitkräften – ihnen ist kein Vorwurf zu machen. Problematisch wird es dort, wo die politische Funktion solcher „Geschenke“ ihre gewünschte Wirkung entfalten; wenn sie Zustimmung oder Stillhalten gegenüber Aufrüstung und Kriegsvorbereitung organisieren. Wenn unsere Gewerkschaften auf diese Weise eingebunden werden, betrifft das uns alle.



Der Kontrast zum restlichen öffentlichen Dienst ist offensichtlich:

- Reallohnverluste
- Arbeitsverdichtung
- lange Laufzeiten (27 Monate und länger)
- „freiwillige“ 42-Stunden-Wochen.
- Arbeitszeitverlängerung statt Arbeitszeitverkürzung.

Während zivile Bereiche unter Druck geraten, werden militärrelevante Sektoren gezielt aufgewertet. Das gilt im ÖD genauso wie in der Privatwirtschaft, wo im Zuge der ‘Konversion pervers’ den von massenhaften Entlassungen bedrohten Kolleg*innen (insbesondere) im Bereich der Automobilindustrie aktuell vorgegaukelt wird, dass ihre berufliche und menschliche Zukunft in der Rüstungsindustrie und im Panzerbau läge. Das ist Teil einer umfassenderen Entwicklung: der Durchsetzung der politischen Ökonomie der Kriegsvorbereitung.

Arbeitskraft, Produktion und öffentliche Mittel werden neu ausgerichtet:

- Aufrüstung wird staatlich priorisiert
- Öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung, Kultur, soziale Bereiche und der Sozialstaat als solcher geraten zunehmend unter fiskalischen Druck und Finanzierungsvorbehalt
- Arbeitsbedingungen werden entsprechend angepasst / verschlechtert.

Oder klar gesagt: ‘Kanonen statt Butter’ ist längst Realität staatlichen Handelns. Auch der geplante neue Wehrdienst folgt dieser Logik:

- vergleichsweise hoher Sold und umfangreiche Benefits
- gezielte Ansprache junger Menschen ohne sichere Perspektiven
- Wiedereinführung von Musterung und perspektivische Dienstpflicht.

Stattlich organisierte und orchestrierter (sozialer) Druck auf der einen Seite – militärische Aufstiegsperspektiven auf der anderen. Dabei gerät die ureigene gewerkschaftliche Forderung ‘Arbeit für das Leben, nicht für den Tod’ – sozial-ökologische Konversion statt ‘Konversion pervers!’ zunehmend aus dem Blick.



Die Fähigkeiten und Kompetenzen der HIL-Kolleg*innen und die betrieblichen Anlagen könnten z.B. genutzt werden für:

- Unterstützung und Ertüchtigung der Bahn-Infrastruktur (z.B. Reparaturkapazitäten)
- sozial-ökologischer Umbau öffentlicher (Infra-)Strukturen

werden sie aber nicht...

„Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung“ Blaupause für die zivil-militärische Zusammenarbeit?

Was wir aktuell erleben, ist kein *‘Generalangriff auf soziale und gewerkschaftliche Errungenschaften’* im klassischen Sinne. Es ist kein offener Angriff auf Gewerkschaften durch Repression oder Ausschaltung.

Im Gegenteil: Gewerkschaften werden aktiv eingebunden.

Der HIL-Abschluss zeigt das exemplarisch. Unter dem Anspruch der Sicherstellung der „materiellen Einsatzbereitschaft“ werden tarifliche Regelungen geschaffen, die Beschäftigte funktional in militärische Abläufe integrieren. Genau so formuliert es das Bundesverteidigungsministerium selbst. Diese Logik wird nicht auf die HIL beschränkt bleiben, wenn es keinen Widerstand dagegen gibt. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit^[7] droht sie sich auszuweiten auf den gesamten öffentlichen Dienst, beginnend in den Kliniken, den Agenturen für Arbeit bis in die öffentliche Verwaltung.

Das ist die eigentliche Qualität dieses Angriffs:

- Nicht Ausschaltung, sondern Einbindung.
- Nicht offene Konfrontation, sondern schrittweise Integration in die Kriegslogik.

Die einstimmige Zustimmung zum HIL-Ergebnis durch die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst kann vor diesem Hintergrund gar nicht kritisch genug bewertet werden.

Wachsender innergewerkschaftlicher Widerstand

Der Widerstand wächst – auch innerhalb der Gewerkschaften.

Wer glaubt, dem Konflikt um den eingeschlagenen Kriegskurs entgegen zu können, indem sich die Gewerkschaften auf ihr vermeintliches „Kerngeschäft Tarifvertrag“ zurückziehen, die/der täuscht sich.

Denn längst ist jede Tarifeinwanderung auch eine Auseinandersetzung über, ob und wie die Arbeitsbedingungen für die Anforderungen der Kriegswirtschaft geöffnet werden.

Diese Entwicklung ist nicht neu. Seit Jahren wird – auch in ver.di-Tarifverträgen – zum Beispiel die Individualisierung der Arbeitszeit vorangetrieben, statt den gemeinsamen Kampf um kollektive Arbeitszeitverkürzung zu führen. Wo heute noch „freiwillig“ einzelne Beschäftigte ihre Arbeitszeit verlängern können, wird tarifvertraglich bereits die Tür dafür geöffnet, dass morgen unter politischem und betrieblichem Druck alle länger arbeiten sollen – im Namen von „nationaler Standorticherung“ oder „Landesverteidigung“.

Gerade deshalb ist die Rückbesinnung auf zentrale Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung keine Nostalgie, sondern aktuelle Notwendigkeit:

Der Kampf um eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit – bis hin zum 7-Stunden-Tag in einer 5-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich – ist eine entscheidende gewerkschaftliche Antwort auf die Militarisierung der Arbeitsverhältnisse.

Zahlreiche und an der Zahl wachsende (betriebliche) Initiativen fordern mittlerweile:

- Arbeitszeitverkürzung statt -Verlängerung und Arbeitsverdichtung
- reale Lohnsteigerungen
- kurze Tariffaufzeiten
- klare Ablehnung von Militarisierung und Aufrüstung
- Herstellung von (auch politischer) Arbeitskampffähigkeit.

Zunehmend setzt sich dabei ein Ansatz durch, der aus den realen Erfahrungen in den Betrieben entsteht: „Kämpfe verbinden“.

Das ist kein abstrakter Slogan, sondern ergibt sich aus den konkreten Erfahrungen der Kolleg*innen:

- Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Reallohnverluste sind politisch verursacht.
- gleichzeitig fließen enorme Mittel in Aufrüstung und Kriegsvorbereitung bzw. Kriegsunterstützung (Ukraine, Palästina, Iran, Libanon).
- Tarifpolitik wird unter Haushaltsvorbehalt und Massentlassungsdrohungen gestellt.



Hamburg, 27.09.25 – Einfahrt Burchardkai Containerterminal
Gegen die Kriegsübung Red-Storm-Bravo

Arbeiter aus den Mercedes-Werken Bremen und Hamburg, von Airbus, Enercon, GHB



- Soziale Unsicherheit schafft Nährboden für Ausgrenzung, Rassismus und rechten Populismus.

„Kämpfe verbinden“ heißt deshalb ganz praktisch Tarikämpfe nicht isoliert zu führen, sondern politisch zuspitzen:

- „Leere Kassen“ als politische Entscheidung benennen.
- Arbeitszeit und Personal als gesellschaftliche Fragen behandeln.
- Die Frage ‘Was produziert wird?’ und das ‘Wozu?’ in den Focus nehmen: „Wir wollen nicht für den Tod produzieren!“
- Tarifaueinmündersetzung und Arbeitskämpfe mit Forderungen gegen Aufrüstung, Sozialkahlschlag und Grundrechteabbau verbinden.



Die Systemfrage und die und Machtfrage stellen

Der Widerspruch verläuft nicht zwischen Beschäftigten und Kritik an Krieg, Militarisierung und Burgfriedenspolitik . Sondern zwischen:

- einer Gewerkschaftspolitik, die sich in Kriegsökonomie integriert und
- einer zunehmend aktiven Basis, die für soziale Verbesserungen und gegen Militarisierung, Kriegslogik und Kriegsvorbereitung kämpft.

Gerade deshalb reicht eine rein tarifpolitische Antwort nicht mehr aus.

Wo Mitbestimmung vorab eingeschränkt und Eingriffsrechte bereits vereinbart werden, wird Widerstand im Ernstfall strukturell erschwert.

Den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung setzen

Die Frage der Kampfmittel stellt sich damit neu. Politische Streiks sind notwendig – aber sie werden nicht ausreichen, wenn der Angriff selbst umfassend ist.

Ein Blick in die USA zeigt, dass solche Situationen auch sprunghafte Antworten hervorbringen können. Die dort aktuell diskutierten Generalstreik-Initiativen^[8] machen deutlich, dass sich auch scheinbar feste Grenzen verschieben können.

Für uns bedeutet das:

Wir stehen erst am Anfang dieser Auseinandersetzung. Aber wir müssen sie führen – auch über die bisherigen Grenzen hinaus.

Und ebenso:

- **Der zunehmend autoritären gesellschaftlichen Formierung / ‘Rechtsentwicklung’ im Allgemeinen und im Betrieb im Speziellen entgegenzutreten.**
- **Soziale Spaltung überwinden.**
- **Antimilitaristische Positionen als Teil von Arbeits- und Lebensbedingungen begreifen.**

Es geht nicht um getrennte Konflikte – sondern um dieselbe politische Entwicklung. Im Vorfeld des ver.di-Bundeskongresses und des IG Metall-Gewerkschaftstages 2027 spitzt sich diese Auseinandersetzung innerorganisatorisch zu.

Eine wachsende Zahl von Initiativen fordert einen Kurswechsel.

Entscheidend ist:

- Druck von unten organisieren und bis zum Kongress aufrechterhalten.
- Dafür sorgen, dass diese Positionen ungefiltert durch die Gremien kommen.

Das ist eine Machtfrage.

Das HIL-Tarifergebnis macht den beschriebenen Widerspruch vor dem Hintergrund der 25er/26er ÖD-Tarifrunden brennglasartig sichtbar. Die dort tarifizierte Verstrickung in die politische Ökonomie der Kriegsvorbereitung ist kein Betriebsunfall. Sie ist das Ergebnis einer Politik der aktiven Kriegsvorbereitung.

Und genau darüber muss die Gewerkschaftsbewegung streiten. Dagegen gilt es den gewerkschaftlichen Widerstand zu organisieren.

Lohnfragen sind Machtfragen, und deshalb müssen sie durchgesetzt werden, wenn notwendig mit Streik. Oder in Anlehnung an Willi Bleicher: Tarifforderungen müssen nicht erklärt werden. Sie müssen durchgesetzt werden. Setzen wir sie endlich wieder so durch, dass sie den Interessen der Beschäftigten und Erwerbslosen gerecht werden – statt sie aus Rücksicht auf Profite zu relativieren.

- Überwinden wir die ritualisierte Beschränkung auf Warnstreiks und entfalten wir die reale Durchsetzungsmacht gewerkschaftlicher Kämpfe – bis hin zum entschlossenen Erzwingungsstreik.
- Nehmen wir uns das Recht, gegen politische Maßnahmen zu streiken, wenn sie die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen angreifen – und beenden wir den Verzicht auf dieses zentrale Mittel.
- Führen wir die notwendige innergewerkschaftliche Debatte und schaffen wir die Grundlage für Generalstreiks – als wirksame Antwort auf Sozialabbau, Kürzungspolitik und Aufrüstung.



Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

spätestens seit der Erklärung zum Ostermarsch 2025 positioniert der DGB-Bundesvorstand unsere Gewerkschaften FÜR die Aufrüstung gegen Russland, China und die USA - für eine Vormachtstellung Deutschlands in Europa und in der Welt. Und in der Ostermarsch Erklärung für 2026 fordert der DGB sogar „die Rolle der Europäischen Union als globale Friedensmacht zu stärken, die entschlossen für einen kooperativen und regelbasierten Multilateralismus eintritt.“ Der DGB erklärt damit die EU zur „globalen Friedensmacht“, um mit dieser Formulierung das Mitmischenwollen Deutschlands bei dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt, zu verschleiern. Gleichzeitig versucht der DGB damit seine grundsätzliche Zustimmung zu der massiven Aufrüstung der EU und Deutschland zu rechtfertigen. Bereits angekündigt ist ein diesbezüglicher Initiativantrag des DGB-Bundesvorstands.

Wir wider- sprechen!

Wir von 'SAGT NEIN! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden' haben deswegen die Initiative ergriffen, beim DGB-Bundeskongress für eine sichtbare, gewerkschaftliche Stimme von unten gegen diese Ausrichtung unserer Gewerkschaften durch den DGB-Bundesvorstand. Wir organisieren eine kämpferische Mahnwache, eine *friedenspolitische Intervention* direkt vor dem Tagungsort, dem Estrel.

FRIEDENSPOLITISCHE INTERVENTION

beim DGB-Bundeskongress an der Straße und Brücke direkt vor dem Estrel
9. Mai - 13. Mai kämpferische Dauermahnwache

Samstag, den 9. Mai - ab 14:00 Uhr

Anreise der Delegierten und AUFTAKT der friedenspolitischen Intervention

TAG DER BEFREIUNG: WIR WURDEN NICHT BEFREIT, UM ERNEUT IN DEN KRIEG ZU ZIEHEN!

Begrüßung durch die Initiator*innen Andreas Buderus und Hedwig Krimmer / Erste Runde der Beiträge aus den Betrieben und Grußworte, Lieder und Texte gegen den Krieg.

Sonntag, 10. Mai - ab 10:00 Uhr

Eine Stunde vor Eröffnung des DGB-Bundeskongress:

UNSERE ARBEIT NICHT FÜR DEN KRIEG!

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem ganzen Land

• **NEIN ZUM UMBAU AUF KRIEGSWIRTSCHAFT**
Beitrag von IG Metall-Vertrauensleuten von Ford Köln und VW-Werken

• **KLINIKEN STATT LAZARETTE**
Beiträge von Beschäftigten des Gesundheitswesens

• **WIR FAHREN KEINE BUNDESWEHRTRAM**
Beiträge von der Initiative für die Bundeswehrtramverweigerer aus München

Von 12.30 Uhr bis 14:00 Uhr ist Mittagspause beim Kongress und die Delegierten haben die Gelegenheit zu uns zu kommen.

Montag, 11. Mai - ab 10:00 Uhr

UNSERE KINDER NICHT FÜR DEN KRIEG!

Wir erinnern an Phillipp Müller, der am 11. Mai vor 74 Jahren im Kampf gegen die Remilitarisierung von der Polizei erschossen wurde.

Gegen die imperiale Deutschland-EU

19:00 - 20:00 Uhr "Keynote EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen

Dienstag, 12. Mai - ab 08:00 Uhr

Um 09:00 Uhr spricht Friedrich Merz auf dem DGB-Kongress.

DER KRIEGSKANZLER KOMMT

Wir sind ab 08:00 Uhr vor Ort

„Lasst uns denen, die in aller Öffentlichkeit Kriege führen, rechtfertigen und vorbereiten, die Hände zerschlagen!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

B. Brecht, Rede für den Frieden, 1952

Es erwarten Euch Beiträge der verschiedensten Art.

Mittwoch, 13. Mai - ab 09:00 Uhr

Letzter Tag des DGB-Bundeskongress - wir werden sehen!

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!

